Rund 30 Vertreter von zivilrechtlichen und kommunalen Organisationen arbeiteten beim Auftakt zum Integrationskonzept mit. FOTO: DAVID DRENOVAK

Gemeinden planen ein gemeinsames Intergrationskonzept

Von David Drenovak

Zusammen mit verschiedenen sozialen und kommunalen Einrichtungen soll auf der Laichinger Alb ein Integrationskonzept entstehen. Dazu fand jetzt der Auftakt statt.

LAICHINGEN – Integration von Ausländern, seien es Flüchtlinge oder zugewanderte Arbeitskräfte, ist ein wichtiger Punkt um das Zusammenleben in den kleineren Städten und Gemeinden der Region zu gewährleisten. Mit dem Pakt für Integration stellt das Land seit dem Jahr 2017 den Kommunen Fördermittel (Jährlich rund 43 Millionen Euro) für konkrete Integrationsförderprogramme und -maßnahmen zur Verfügung. Kernstück des Paktes ist das Integrationsmanagement. Um die Integration im Gebiet des Gemeindeverwaltungsverbands Laichinger Alb weiter zu verbessern soll jetzt ein Integrationskonzept entstehen.

Die Integrationsbeauftragten Birgit Tegtmeyer und Mareike Graeter erstellen das Integrationskonzept als eine Orientierungshilfe für die kommunale Integrationsarbeit. Zur Informationsveranstaltung am Mittwochabend im Bürgersaal des Alten Rathauses in Laichingen kamen dreißig Interessierte, die zahlr4eiche soziale Institutionen vertraten. Mit dabei waren beispielsweise Volker Pflügner vom Laichinger Tafelladen, Ralf Schiffbauer der für Bürgerstiftung und Wirtschaftsvereinigung vor Ort war, oder auch verschiedene Vertreter des Helferkreises. Ferner nahmen mehrere Schulleiter, Mitarbeiter der Jugedhilfe Seitz aber auch Kindergartenleitungen und Streetworker sowie mit Hauptamtsleiter Stefan Binder auch die Verwaltung teil.

„Wir wollen heute einen Erfahrungsaustausch starten und ganz offen Ideen sammeln. Sie sehen in Ihrer täglichen Arbeit und in Ihren Handlungsfeldern genau die Dinge, wo ein Integrationskonzept ansetzen kann“, eröffnete Birgit Tegtmeyer, die seit 2016 als Integrationsbeauftragte tätig ist, den Abend, bevor sie einen kurzen Überblick über die ausländischen Mitbürger in der Region gab.

In Laichingen leben aktuell rund 12.500 Menschen davon haben rund 2600 keinen deutschen Pass. Die Ausländer gliedern sich dabei in 250 Geflüchtete (2,2 Prozent) und rund 2400 (18,9 Prozent) weitere Personen, die meist aus den europäischen Nachbarstaaten stammen und wegen ihrer Arbeitsstelle nach Laichingen gekommen sind, sowie in Teilen deren Familien. „Die Geflüchteten kennen wir sehr gut, diese werden uns mit ausführlichen Informationen zugewiesen. Aber die Arbeitsmigranten kennen wir kaum, wir wissen beispielsweise nicht aus welchen Ländern sie kommen oder welchen Aufentaltsstatus sie haben. Wir können nur sagen, dass viele aus osteuropäischen Nachbarländern kommen“, erläutert Birgit Tegtmeyer. Bei den Geflüchteten käme der überwiegende Teil aus der Ukraine, zudem seien noch viele Syrewr registriert. Über den Gemeindeverwaltungsverband hinweg gerechnet, beträgt der Anteil aller ausländischen Mitbürger gerade einmal 15 Prozent.

„Wenn wir die Zahlen anschaue, sind wir postmigrantisch. Der größere Teil der zu uns kommt sind Arbeitsmigranten. Deswegen müssen wir besonders für diese Handlungsfelder ins Integrationskonzept einfließen“, so Tegtmeyer weiter. Das Integrationskonzept soll in den Bereichen die Integration von Neuzugewanderten strukturieren, koordinieren und sukzessiv verbessern. Es soll neben Kinderbetreuung, Schule und Ausbildung auch das tägliche Leben und damit verbundene Verwaltungsangelegenheiten aber auch das Engagement in der Gemeinschaft, beispielsweise im Ehrenamt, umfassen. Dabei solle das Integrationskonzept in beide Richtungen nutzbar sein, einerseits für die ausländischen Menschen als Wegweiser in die Gemeinschaft, andererseits für diejenigen, die mit ihnen zu tun haben als Handreichung. Das Ziel sei es, dass am Ende alle in einer gemischten Gesellschaft leben, nicht getrennt durch Herkunft, Alter oder soziale Schicht.

In der Folge wurde über wichtige Themen und Ansatzpunkte gesprochen. Martin Erstling, Schulleiter der Martin-Schule, brachte das Thema Sprache auf's Tableau. „Wenn man sprechen kann, bekommt man Dinge hin und Probleme gelöst. Wenn die Sprachschwierigkeiten aber so groß sind, egal ob mit Eltern oder Kindern, dass wir nicht einmal einfachste Dinge erklären können, funktioniert nichts.“ Es fehlten Dolmetscher und Sprachkurse. Zudem gebe es einen Teil der Ausländer, der als Analphabeten nicht mal die eigenen Sprache in der Schrift beherrsche.

Erstling bekam viel Zuspruch aus den verschiedensten Bereichen. Carolin Luz, Konrektorin der EKS sagt: „Eltern bekommen erst einen Sprachkurs, wenn es vom BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) eine Bleibeperspektive gibt und dann warten die Menschen monatelang auf einen Sprachkurs.“ Die Förderklassen seien überbesetzt, teilweise kämen Schüler aus Personalnot in Regelklassen, obwohl sie noch nicht soweit seien. Das Oberschulamt gebe sich zwar redlich Mühe, doch es gebe schlicht und ergreifen kein Personal.

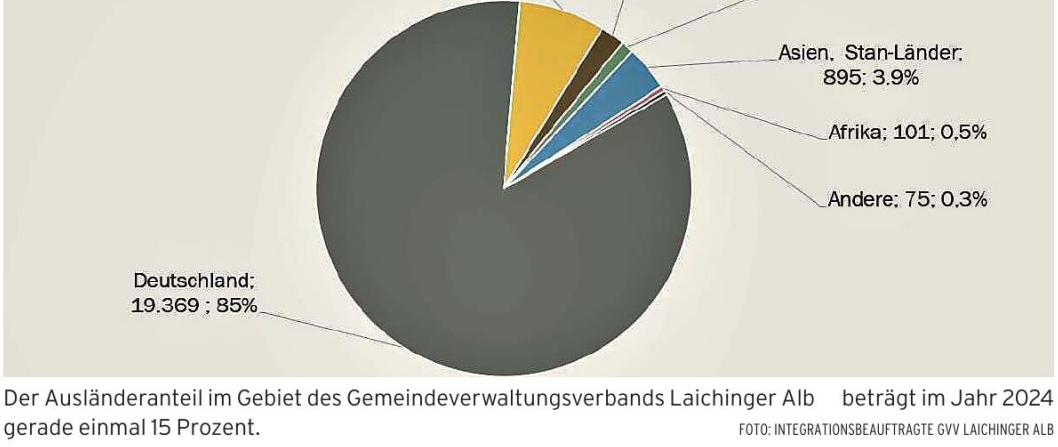
Teilweise seinen die Sprachkurse auch zu schwer und organisatorisch schlecht zu bewältigen, ergänzte ein Mitglied des Helferkreises. „Die anderen Menschen, die hier abreiten (keine Flüchtlinge, Anm. d. Red.) müssen den Sprachkurs selber bezahlen und erst wenn sie ihn bestehen bekommen sie eine Ermäßigung. Viele arbeiten entweder im Handwerk oder in der Industrie in Zweischicht- oder Dreischicht-Systemen. Die haben gar keine Zeit den Kurs zu machen.“ Besser sei eine Integration über Vereine oder über die Arbeit. Hier könnten beispielsweise Unternehmen der Region Arbeiter über Praktika und später als angelernte Helfer beschäftigen. Wenn sich dann eine sprachliche Grundlage entwickelt habe, sei ein Sprachkurs deutlich besser zu bewältigen. Ralf Schiffbauer versprach diese Anregung bei den Wirtschaftsvereinigungen anzubringen.

Schiffbauer erklärte zudem. dass auch eine Einbindung in die Gesellschaft über freiwillige Arbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten möglich sei. „Vorausgesetzt die ersten Schritte (Arbeit und Sprache) sind getan, müssen wir uns fragen, wie wir die Menschen in die Gemeinschaft mitnehmen. Ich bin kein Freund von großen Programmen, die viele erreichen sollen und nur von kurzer Dauer sind. Wir sollten mit wenigen anfangen, die durch Patenschaften oder ähnliches intensiv betreut werden und dann zu Multiplikatoren werden.“ Schiffbauer verwies zudem auf das Programm der Bürgerstiftung, die mit runden Tischen und einer angedachten Ehrenamtsmesse die Vereine stärken wolle. Dieses Angebot richte sich an alle Laichinger Bürger, so würden Einheimische und Zugezogenen zusätzlich vernetzt.

Ein weibliches Mitglied des Helferkreises stimmt Schiffbauer zu. Sie habe über intensive Betreuung Menschen nicht nur in Arbeit gebracht , sondern auch Kindern über die Vermittlung in Sportvereine sozialen Anschluss vermitteln können. Es seien jedoch „dicke Bretter“ die gebohrt werden müssen. „Ich habe die Kinder über fünf, sechs, sieben Wochen lang begleitet. Immer wieder bin ich mit auf die Temrine oder zu den Trainings habe gesagt: Auf jetzt Tasche packen. Das ist einfahc nicht in den Köpfen drin.“

Mareike Maute, vom Laichinger Waldkindergarten ergänzt: „Selbst wenn wir die Sprachbarriere überwinden, müssen wir vielen Eltern erst einmal erklären was Kindergarten oder Bildung in Deutschland bedeutet. Der Kindergarten ist kein Abstellplatz.“ Und auch Torben Stolze vom Schulleiter des ASG bringt an, dass Pünktlichkeit und Schulpflicht erst erlernt werden müssen. „Wenn es um 8.15 Uhr los geht, heißt das jeden Tag. Schule ist kein vages Konzept und erfordert auch die Mitarbeit der Eltern. Das ist nicht wie in anderen Ländern. Wir müssen einfache Dinge wie Vesper erklären oder was eine Wandertag ist.“ Generell habe das asg hier mit der Arbeit von FSJlern sehr positive Erfahrungen gemacht und wenn genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen, seinen die Erfolge bemerkenswert. „Es hängt viel an der individuellen Zuwendung, die wir den Kindern zukommen lassen. Dann legen manche Kinder eine Lernkurve hin die geradezu beeindruckend ist.“

Abschließend regten die Anwesenden an die formulierten Notwendigkeiten und die Probleme bei den politischen Vertretern wie beispielsweise dem Kreistag, anzubringen. Birgit Tegtmeyer und Mareike Gräter haben bereits in Merklingen und Nellingen ähnliche Versammlungen abgehalten. Nun sollen auch noch die restlichen Kommunen folgen. Gegen Ende des Jahres sollen die Bedürfnisse und Maßnahmen dann in einen groben Entwurf gegossen , bevor sie in Arbeitskreisen weiterentwickelt werden. Birgit Tegtmeyer rechnet damit, dass das Integrationskonzept in rund einem Jahr fertiggestellt sein könnte.



Der Ausländeranteil im Gebiet des Gemeindeverwaltungsverbands Laichinger Alb beträgt im Jahr 2024 gerade einmal 15 Prozent. FOTO: INTEGRATIONSBEAUFTRAGTE GVV LAICHINGER ALB